



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Dezember 2016

AfD-Aufmarsch in Hamburg unerwünscht ...



Am 19.11. hatte die AfD zu einer Kundgebung und Demonstration gegen Ausländerkriminalität am Hachmannplatz aufgerufen.

Die ca. 50-70 AfDler standen ca. 1.000 Gegendemonstranten gegenüber und mussten nach einer Stunde unter Polizeischutz abziehen.

Das Ensemble des Schauspielhauses wurde zu Recht für sein Engagement geehrt

(siehe S. 12)

Foto: Maui)

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe:
Dienstag, 03.01.2017

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Ankündigung Yalda-Fest	S. 2
OSZE / Abschied Fidel	S. 3
Bericht BMV	S. 4
LBK rekommunalisieren!	S. 5
Nachruf Fidel	S. 6
MV: Selbst aktiv werden!	S. 7
Sportlerratschlag	S. 8
Segel setzen, Richtungswechsel!	S. 9
Teddy in Venedig	S. 10
Gesundheit und Obdachlosigkeit	S. 11
Paula-Mielke-Preis	S. 12
Termine / Kontakt	S. 13
Anhang: Antrag Wahlpolitische Erklärung	

Frieden und Solidarität! Gleiche Rechte für alle!

DIE LINKE feiert zum zehnten Mal das Eine-Welt-Fest



Das Yalda-Fest steht in diesem Jahr unter dem Motto „Frieden und Solidarität. Gleiche Rechte für alle“.

In Europa bzw. an den Außengrenzen der Europäischen Union entstehen immer mehr Mauern der Abgrenzung. Riesige Summen werden aufgewendet, um schutzbedürftigen Menschen den Zugang nach Europa zu verwehren.

Auf das Leben dieser Menschen wird immer weniger Rücksicht genommen. Im Jahr 2015 gab es die bisher meisten Todesfälle seit zehn Jahren, bis Mitte 2016 sind nach Schätzungen bereits 3.000 Menschen auf ihrer gefährlichen Reise über das Mittelmeer ertrunken. In Wahrheit dürfte die Zahl weitaus höher liegen, denn viele Unfälle auf dem offenen Meer bleiben unbemerkt.

Und diejenigen, die es bis nach Mitteleuropa schaffen, erwarten Vorurteile, Rassismus, überfüllte Sammelunterkünfte, kurz - sie werden wie Menschen zweiter Klasse behandelt und können daher keine geregelte Lebensperspektive aufbauen. Grundlegende Rechte werden den Geflüchteten vorenthalten, auch rassistische Polizeikontrollen sind mittlerweile Alltag in Hamburg geworden, das

sich ja eigentlich als weltoffen und tolerant präsentieren möchte.

Gleichzeitig wird die Migrationspolitik weiter verschärft: Kriegsregionen gelten auf einmal als „sichere Herkunftsländer“, nur um Geflüchtete schneller und unkomplizierter abschieben zu können. Selbst Afghanistan soll bald darunter fallen. Exemplarisch für diese Politik stehen auch die Zentralisierung der Erstaufnahme und die dortige Unterteilung der Geflüchteten nach Fluchtgründen und Herkunftsländern sowie der Bau eines Abschiebegefängnisses am Hamburger Flughafen. Diese Praxis zeigt, wie menschenverachtend die aktuelle Politik mit schutzbedürftigen Menschen umgeht.

DIE LINKE fordert seit Jahren ein Umdenken. Wir müssen den Geflüchteten auf Augenhöhe begegnen, ihre Nöte und Sorgen ernst nehmen, ihre Grundrechte wahren und ihnen eine echte Lebensperspektive bieten. Dies ist nur möglich, wenn wir ihre Ausgrenzung stoppen. Dafür arbeiten weite Teile der Zivilgesellschaft, Vereine und Initiativen. Sie haben eine aktive Willkommenskultur entwickelt, die zeigt, dass uns alle Menschen in Hamburg willkommen sind.

In diesem Sinne wollen wir mit euch gemeinsam unser zehnjähriges Jubiläum unter dem Motto „**Frieden und Solidarität! Gleiche Rechte für alle!**“ feiern.

Samstag, 17. Dezember 2016, 18 Uhr,
Louise-Schroeder-Schule
Thedestraße 100
22767 Hamburg

U/S Altona, Holstenstraße oder Reeperbahn

Historischer Rückblick: 10 Jahre Yalda-Fest

2007 feierte die DIE LINKE in der Kulturkirche Bugenhagen (heute DIE BURG) das erste Yalda-Fest und griff damit eine Tradition aus Vorderasien auf, wo seit Jahrhunderten die „Längste Nacht des Jahres“ mit Tanz und besonderen Speisen gefeiert wird.

Das erste Fest stand im Zeichen des Protests gegen die versuchte Abschiebung von 150 afghanischen Familien aus Hamburg und der bevorstehenden Bürgerschaftswahl, bei der DIE LINKE zum ersten Mal kandidierte und ein umfangreiches Programm vorlegte: gegen die soziale Spaltung in der Stadt, gegen Abschiebung und Ausgrenzung und für gleiche Rechte für alle.

Auf dem Yalda-Fest spielten stets Musikgruppen aus verschiedenen Kontinenten und es wurden

ebenso internationale Speisen angeboten. Das Yalda-Fest etablierte sich als „Eine-Welt-Fest“ und wurde jedes Jahr an unterschiedlichen Locations in der Stadt gefeiert: in Barmbek, auf dem Dulsberg, in St. Georg und jetzt in Altona.

Das Motto des Fests griff immer zentrale Forderungen der Partei DIE LINKE zur Migrationspolitik auf:

2008 - Kommunales Wahlrecht für alle

2009 – Kein Mensch ist illegal - Kommunales Wahlrecht für alle!

2010 - Menschenrechte sind unteilbar!
Residenzpflicht & Lagerunterbringung abschaffen!
Wahlrecht für alle!

2011 - Über 50 Jahre Migration – Über 50 Jahre kulturelle Begegnung und Vielfalt

2012 – Gegen Rassismus – Gemeinsam sind wir stark!

2013 – Lampedusa ist überall – Ausgrenzung

stoppen!

2014 – Welcome to Hamburg – gleiche Rechte für alle!

2015 – Flüchtlinge willkommen – Fluchtursachen bekämpfen!

Das Yalda-Fest 2016 steht im Zeichen von **Frieden und Solidarität** und **Gleiche Rechte für alle!** Noch nie kamen so viele Kriegsflüchtlinge nach Europa, noch nie gab es eine so breite zivile Hilfs- und Integrationsbereitschaft, aber noch nie gab es auch eine so große ausländerfeindliche und rassistische Stimmung, die sich auch parteipolitisch formiert hat.

Deshalb: Setzen wir dieser Stimmung die Solidarität mit den Geflüchteten und allen Menschen entgegen! Feiert mit uns das zehnjährige Jubiläum des Yalda-Fests!

(Flyertext, zur Verfügung gestellt von Mehmet Yildiz)

Gegen die Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten!

Infostand und Kundgebung des BV Mitte

Donnerstag, den 08.12. und

Freitag, den 09.12.2016

Jeweils 12:00 – 15:00 Uhr

Ort: Karolinenplatz 2 – 3

Am 8. und 9.12. tagen die Repräsentanten der OSZE unter riesigen Sicherheitsvorkehrungen hier in Hamburg. Der Presse war bereits zu entnehmen, dass möglicherweise Kinder nicht zur Schule gehen können, dass AnwohnerInnen möglicherweise Schwierigkeiten bekommen werden, ihre Wohnungen zu verlassen bzw. ohne polizeiliche Durchsuchung zu erreichen. Das wird nur ein Vor-

geschmack auf den ganz normalen Sicherheitswahnsinn anlässlich des für Juli 2017 geplanten G20-Gipfels an den gleichen und weiteren Orten hier in Hamburg.

Der Bezirksverband will auf die Folgen solcher „Events“ aufmerksam machen und hat deshalb in geringer Entfernung von den Messehallen Infostände und Kundgebungen angemeldet. Für die Kundgebungen sind Christiane Schneider und Martin Dolzer angefragt, OrdnerInnen werden noch gesucht.

Theresa Jakob/besel

Veranstaltungen zum Abschied von Fidel Castro

Freitag, 2. Dezember 2016, ab 17.30 Uhr in der B 5, Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg St. Pauli

Die chilenische Organisation Voz Latina widmet ihre Veranstaltung zu Ecuador um und wird Fidel ehren. Wir zeigen den Film von Estrela Bravo über das Leben von Fidel

Sonntag, 4. Dezember 2016, von 16.00 - 18.00 Uhr, im MTZ, Lindenallee 72, U2 Christuskirche

Die DKP lädt ins Magda-Thürey-Zentrum ein.

(mitgeteilt von Brigitte Schiffler, Cuba sí siehe auch Seite 6)

Bericht von der Bezirksmitgliederversammlung vom 20.11.2016

Am 20.11.2016 kamen mit über 40 von uns so viele GenossInnen zu einer Mitgliederversammlung zusammen wie zuletzt bei den Wahlen zum Bezirksvorstand und der Delegierten zum Landesparteitag. Das mag an den spannenden Themen gelegen haben: Nach **aktuellen Berichten** war die wenig erfreuliche Situation im **Landesvorstand** Thema und in einem zweiten Teil fand eine **Strategiediskussion** und Befragung der KandidatInnen für den Spitzenplatz auf der Hamburger Landesliste bei den Wahlen zum **Bundestag 2017** statt, namentlich **Inge Hannemann, Fabio de Masi** und **Rainer Benecke**.

Als erstes berichtete Gunhild Berdal von den **Wahlen an der Uni**: zum Studierendenparlament kandidiert ein buntes Feld von 19 Listen, darunter die Liste LINKS als Liste mit den meisten Kandidierenden und der SDS (beides zusammenarbeitende Gruppen der LINKEN), viele eher linke und liberale Gruppen sowie der RCDS (CDU-Hochschulgruppe) als rechteste Gruppierung. Sie ordnete es als Erfolg antifaschistischer Aufklärung ein, dass sich keine extrem rechten Listen (AfD, Identitäre, Burschenschafter) trauen, anzutreten. Die Juso-Hochschulgruppe (Scholz-/Kahrs-SPD) reichte dieses mal wieder pünktlich eine Kandidatur ein, nachdem ihre Kandidatur im letzten Jahr aufgrund vieler Formfehler und zu später Abgabe nicht berücksichtigt werden konnte.

Auf eine Nachfrage erläuterten mehrere an der Uni aktive GenossInnen die Probleme, die Wahlbeteiligung zu erhöhen: das Bachelor/Master System konnte zwar durch erfolgreiches Wirken linker Gruppen etwas reguliert werden und es gibt ein wachsendes Interesse und freundliche Aufgeschlossenheit gegenüber gesellschaftskritisch ambitionierten WahlkämpferInnen. Diese Grundstimmung führt dazu, dass viele sich ernsthaft mit den Wahlen beschäftigen wollen, dies aber häufig immer noch im Alltagsstress wieder untergeht. Dem entgegen wollen unsere Aktiven an der Uni die positiven Möglichkeiten und aus dem Stress befreiende Wirksamkeit linken Engagements deutlich machen. Wer hier Näheres erfahren möchte und/oder den Wahlkampf unterstützen möchte kann sich an folgende Adressen wenden: links@uni-hamburg.de -und- kontakt@sds-uhh.de

Im Anschluss daran berichtete Ina Morgenroth aus der **Bezirksversammlung** von in neuer Brachialität avisierten **Ordnungspolitik**: "Sauberkeit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit" macht sich die rot-grüne Koalition zu ihrer abwegigen Devise. Nach rechts zu integrieren haben SPD und Grüne in Hamburg zuletzt im Jahr 2000 erfolgreich erprobt: die "Partei Rechtsstaatlicher Offensive" ("Schill-Partei") kam zu 19,4 Prozent und wurde

von CDU und FDP am Senat beteiligt. Von den damaligen Verbrechen haben sich die Stadt und die politische Kultur bis heute noch nicht gänzlich erholt. Mehmet Yildiz konnte hierzu aus der Bürgerschaft ergänzen. Wir sind demgegenüber gefordert, gegen rechts aufzuklären und einen politischen Richtungswechsel zur Verbesserung der sozialen Lage kämpferisch in Ausblick zu nehmen. Siehe dazu auch den Artikel "Segel setzen, Richtungswechsel!" von Ina auf der Seite 9.

Schließlich kamen wir zu dem **Bericht aus dem Landesvorstand vom 06.11.2017**. Als der Landesvorstand Mitte Juni 2016 von unserem Parteitag neu gewählt wurde, wurden VertreterInnen des linken Parteiflügels herausgehalten - so wurde auch der von uns nominierte Bezirksvertreter (erstmalig in der Parteigeschichte) nicht bestätigt. Begründet wurde dies damals wie heute damit, dass allzu Linke die Arbeitsfähigkeit stören würden. Demnach müsste der Landesvorstand nun in höchster Blüte erstrahlen und Initiator eines pulsierenden Parteilebens sein.

Doch der Landesvorstand ist weder seiner satzungsgemäßen Aufgabe nachgekommen, zu einer zweiten Tagung des Landesparteitags in diesem Jahr einzuladen, noch gibt es dort das Vorhaben, wie angekündigt eine wahlpolitische Erklärung zur Bundestagswahl vorzulegen. Sie ist kurzerhand von Tagesordnung der nun für den 21. Januar 2017 angekündigten 2. Tagung des 5. Landesparteitags gestrichen worden. Zudem wurden der Antrag zur "Hamburg-Debatte" und die aus Hamburg-Mitte eingereichten Anträge nicht mit dem ersten Materialpaket an die Delegierten verschickt. Man versteigt sich stattdessen in dem Versuch, die Satzung um das BezirksvertreterInnen-Modell zu erleichtern und den Landesvorstand zu verkleinern.

Anwesende Parteiöffentlichkeit, die dieses Vorgehen kritisiert, konnten die Mitglieder des Landesvorstands offenbar nicht ertragen und wurden über eine Vertagung als geschlossene Sitzung ausgeschlossen. Der Initiativantrag des Bezirksvorstands Hamburg-Mitte und der Stadtteilgruppe Eppendorf-Winterhude-Hoheluft-Ost, die Zahl der Delegierten für die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Hamburger Landesliste für die Bundestagswahl auf das Maß des Landesparteitags anzuheben, anstatt sie auf 100 abzusinken, wurde nicht behandelt.

Dieser Zustand wurde von der Mitgliederversammlung einhellig als unerträglich gerügt und u.a. festgestellt: Der heutige Zustand lässt sich nur noch dahingehend deuten, dass kritische und motivierte Stimmen dem Landesvorstand keineswegs schaden, sondern aktuell sehr fehlen. Wichtig sei es

zudem, den anstehenden Herausforderungen selbst adäquat zu begegnen. Insofern wurde es begrüßt, dass kritische Mitglieder unserer Partei, als Teil dessen Mitglieder des Bezirksvorstands unseres Bezirkes Hamburg-Mitte, im Anschluss an die letzte öffentliche Sitzung des Landesvorstandes das "Komitee zur Förderung des Parteilebens" gegründet haben und zusammen mit dem Bezirksvorstand zu einem Mitgliedertreffen anstelle des Landesparteitags mit den Themen "G20-Gipfel in Hamburg? Perspektiven unseres Widerstandes" und "Bundestagswahlen 2017: Strategie für Bund und Hamburg - Beratung einer wahlpolitischen Erklärung" eingeladen haben. Einen Bericht hiervon findet ihr hier auf Seite 7.

Außerdem wurde in Aussicht genommen, die **20 LandesvertreterInnen** aus Hamburg-Mitte bald zu wählen. Der Vorstand hat die entsprechende Wahlversammlung zwischenzeitlich auf **Samstag, den 07.01.** terminiert. Allerdings steht noch die Entscheidung über einen Schiedsantrag auf Bundesebene aus, die Zahl der VertreterInnen wieder zu erhöhen. Wir hoffen, dass die Bundesschiedskommission bis zum Jahresende für die Erweiterung demokratischer Teilhabe entschieden haben wird.

Zuletzt wurde in diesem Teil der Versammlung der Antrag von Sven-Lars Borchers behandelt, künftig am Ende jeder Versammlung gemeinsam die Internationale zu singen. Nach kurzer Diskussion entschied sich die Versammlung mit großer Mehrheit für einen Gegenantrag von Kristian Glaser, mit dem der Bezirksvorstand beauftragt wurde, für **mehr Kulturveranstaltungen** zu wirken.

Im zweiten Teil der Versammlung begrüßten wir Inge Hannemann, Fabio de Masi und Rainer Benecke für eine **Strategiediskussion und KandidatInnenbefragung zur Bundestagswahl**. Alle drei wollen gerne über den Spitzenplatz auf der Hamburger Landesliste in den Bundestag einziehen, um dort die Hamburger LINKE zu vertreten. In einleitenden Worten wurde seitens des Bezirksvorstandes die besondere Rolle Hamburgs hervorgehoben, aus der als internationaler Hafenstadt mit starker linker Tradition seit Gründung der LINKEN mit Norman Paech und Jan van Aken jeweils schwerpunktmäßig eine friedensorientierte Arbeit in den Bundestag eingebracht wurde. Außerdem

verpflichtete diese Herkunft zu besonderer Offensivität in der sozialen Frage, denn hier sind die Widersprüche groß und die Bevölkerung kritisch.

Es wurde deutlich, dass alle 3 KandidatInnen eindeutig ihren Schwerpunkt in der sozialen Frage haben und hier auch große Unterschiede bestehen. Inge Hannemann und Rainer Benecke machten deutlich, dass sie nicht vorhaben, speziell zur Stärkung der **Friedensposition** der LINKEN zu arbeiten, einzig Fabio de Masi zeigte sich hierfür offen.

Inge Hannemann betonte, wie wichtig es sei, die Abschaffung von Hartz IV wieder zu einem zentralen Ziel der LINKEN zu machen. Dafür will sie lieber im Bundestag wirken, als wie aktuell in der Hamburgischen Bürgerschaft. Ihre Motivation schöpft sie weiterhin aus ihrer einstigen Tätigkeit als Mitarbeiterin im Jobcenter, wo sie sich weigerte, Sanktionen gegen Arbeitslose zu verhängen. Es sei ein ehrlicher Wahlkampf vonnöten um deutlich zu machen, dass die LINKE nicht käuflich sei.

Fabio de Masi sieht seinen Schwerpunkt im Kampf um die Regulierung der Finanzmärkte und gegen Steuerhinterziehung, wozu der studierte Volkswirt bereits im Europaparlament arbeitet. Die Stärke der Rechten sei auf die Schwäche der Linken zurückzuführen - wir sollten Ansprechpartner sein und einen unabhängigen und angriffslustigen Wahlkampf führen. Er will gerne näher an den Bewegungen hierzulande wirken, wie er ehrlich zugegab, auch aus familiären Gründen.

Rainer Benecke, aktuell Landessprecher der Hamburger LINKEN, versuchte mit einer Geschichte aus wilden Jugendtagen zu punkten und sprach sich für eine Politik aus, die die Menschen "im Bauch spüren". Er will sich gegen die "soziale Deprivilegierung" einsetzen, die viele so empfinden. Zuletzt verstieg er sich zu der Aussage, dass es "krank" sei, eine Regierungsbeteiligung von herein auszuschließen.

Wir freuen uns, mit dieser Debatte einen ersten Aufschlag zur Debatte um die Bundestagswahl gemacht zu haben und hoffen auf eine spannende Kontroverse, als deren Ergebnis wir einen oppositionellen Wahlkampf mit dazu passenden Kandidierenden führen!

Alexander Benthin

ANTRAG LAG Gesundheit an den Landesparteitag zum 26.11.16 (nunmehr 21.01.2017, -red.)

Rekommunalisierung vorantreiben

Im Wahlprogramm von 2011 unseres Landesverbandes wurde unter der Überschrift „Gesundheit ist keine Ware“ die Forderung erhoben Asklepios Hamburg zu rekommunalisieren. Ein Landesparteitag im Juni 2014 fasste dazu mit großer Mehrheit

einen entsprechenden Beschluss. In der Folge wurde eine eigene Präsentation zur Rekommunalisierung des Landesbetriebes (LBK) Hamburg entwickelt und in den darauf folgenden Monaten in Mitgliederversammlungen eine intensive Diskussi-

on zur Tragweite des Beschlusses geführt. Im gleichen Jahr fand ein Gespräch mit der AG Betrieb & Gewerkschaft statt, an dem insbesondere BetriebsratsvertreterInnen teilnahmen. Mit dem Auslaufen der letzten Wahlperiode wurde seitens der Fraktion ein Antrag auf Akteneinsicht in die Verträge mit Asklepios gestellt. Dieser wurde zwar abgelehnt, ist aber nicht gleichzusetzen, dass damit die Umsetzung des Beschlusses zur Rekommunalisierung beendet wäre. Weitere Aktivitäten sind notwendig, wie der Brandbrief von Ärzten aus dem AK St. Georg jüngst zeigt.

Alle Plankrankenhäuser, dazu zählen die Asklepios Kliniken, sind im Krankenhausplan der Stadt Hamburg aufgenommen und haben Anspruch auf steuerfinanzierte Investitionen. Da Krankenhäuser Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sind dürfen sie nicht zu kommerziellen Zwecken missbraucht werden. Darüber hinaus sind die Beitragseinnahmen der Krankenkassen Gelder der Versicherten. Diese sind zweckbestimmt für die medizinische Versorgung von PatientInnen einzusetzen.

Erstmals hat sich im Mai diesen Jahres ein Deutscher Ärztetag (in Hamburg!) zum Konflikt von Medizin und Ökonomie nachdrücklich geäußert und auf die Gefahren/Folgen der Ökonomisierung im

Gesundheitswesen hingewiesen. Betriebswirtschaftliches Denken und Erlössteigerung bestimmen letztlich die Versorgung von PatientInnen.

Auf der Grundlage des Beschlusses vom Juni 2014 und des von der Fraktion 2014 erstellten Gutachtens wird der Landesvorstand im Zusammenwirken mit der Fraktion in der Bürgerschaft aufgefordert, weitere politische Möglichkeiten zur Rekommunalisierung von Asklepios Hamburg zu nutzen, solche wären u.a.

- Schrittweise Erhöhung des Unternehmensanteils der Stadt an Asklepios, dazu Aufnahme von
- Verhandlungen mit dem Unternehmen,
- Einflussnahme über die Krankenhausplanung und damit auf
- die Qualitätsverbesserung der stationären Versorgung insbesondere durch ausreichendes medizinisches und Pflegepersonal.

Dem nächsten Landesparteitag ist über erfolgte Aktivitäten und deren Ergebnisse sowie über weitere notwendige Schritte zur Umsetzung des Beschlusses zur Rekommunalisierung zu berichten.

Presseerklärung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba vom 26.11.16: Zum Tod von Fidel Castro



Millionen Menschen in aller Welt, besonders im revolutionären Kuba, trauern um den Kommandanten der Kubanischen Revolution, Fidel Castro Ruz. Er starb am späten Abend des 25. November in Havanna. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba übermittelt ihr Beileid an die engsten Verwandten von Fidel, seine Nachkommen, an seine Geschwister, darunter den Staatspräsidenten Raúl Castro,

an die Kommunistische Partei und an das ganze Volk Kubas.

Nur wenige Präsidenten können von sich sagen, dass sie die Geschicke ihres Volkes so positiv beeinflusst haben wie Fidel Castro. Kuba ist heute ein Land frei von Analphabetismus, ein Land mit maximal möglicher gesellschaftlicher Gleichheit, mit politischer Partizipation auf allen Ebenen. Es handelt sich um eine Gesellschaft, die durch die Revolution, die angeführt wurde von Fidel Castro, heute auf dem Weg zum Sozialismus ist. Fidel Castro und das kubanische Volk haben der Welt gezeigt, dass es möglich und nötig ist, einen anderen Weg

als den der kapitalistischen Gesellschaft des inneren und äußeren Krieges zu gehen: einen Weg der Solidarität und des Ausgleichs, in der alle das Recht und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe an Bildung, Gesundheit und Mitbestimmung haben.

Gleichzeitig hat Kuba immer auch ein Beispiel für internationale Solidarität gegeben, das nahezu einzigartig in der Geschichte ist. Dabei hat Fidel seinen eigenen Internationalismus seinem Volk weitergegeben; bis heute sind viele Kubanerinnen und Kubaner stolz auf die internationalistischen Missionen, die zum Ende der Kolonien und der Apartheid im südlichen Afrika führten. Und nach dem scheinbaren Ende der Systemauseinandersetzung blieb Kuba seinem Ideal treu: es entsendet Zehntausende Lehrerinnen und Lehrer, Zehntausende Ärztinnen und Ärzte in die Länder der Welt.

In ihrer Erklärung zum 90. Geburtstags Fidel Castros am 13. August hat die FG BRD-Kuba gesagt, dass „die Solidarität stärker ist als der Irrationalismus, mit dem Kubas Revolution bekämpft wird. Diese Solidarität geht über den Menschen Fidel Castro, dem wir noch viele Jahre an der Seite seines Volkes wünschen, hinaus. Sie wird eines Tages auch sein Leben überdauern.“

Genau das wird sie tun. Die heute um ihn trauern, werden der Kubanischen Revolution am besten gerecht, wenn sie das Beispiel Fidel Castros fortführen, auf die Art, die ihnen möglich ist. (Foto Wikipedia)

Selbst aktiv werden!

Bericht vom hamburgweiten Mitgliedertreffen am 27. November

Über 40 GenossInnen aus fast allen Bezirksverbänden waren der Einladung des „Komitees zur Förderung des Parteilebens“ sowie des Bezirksvorstands Hamburg-Mitte gefolgt und beteiligten sich am Nachmittag des 27. November am hamburgweiten Mitgliedertreffen im Tagungsraum des Landesjugendrings in der Güntherstraße. Inhaltliche Schwerpunkte waren der von Bundesregierung und Hamburger Senat für Juni 2017 geplante G20-Gipfel sowie eine Wahlpolitische Erklärung des Landesverbands zur anstehenden Bundestagswahl.

Zum Hintergrund

Der 27. November war bereits seit Anfang des Jahres als Termin für die 2. Tagung des 5. Hamburger Landesparteitages (LPT) vorgesehen. Anfang September hatte der Landesvorstand die Einberufung mit einer Tagesordnung beschlossen, mit der die Beschlussfassung über eine Wahlpolitische Erklärung zur Bundestagswahl vorgesehen war. Anfang November wurde der Parteitag jedoch kurzfristig um zwei Monate auf den 21. Januar 2017 verschoben. Die Diskussion und Beschlussfassung über eine Erklärung des Landesverbands zur Bundestagswahl soll nun nicht mehr stattfinden. Stattdessen ist ein unverbindlicher Austausch über „Wo drückt der Schuh?“ geplant (vgl. den Antrag des Landesvorstands vom 16.11. an den LPT, zu finden im Ersten Materialpaket). Diese Einschränkung der demokratischen und verbindlichen Positionsbildung zu den anstehenden Auseinandersetzungen war der Anlass zur Organisation des hamburgweiten Mitgliedertreffens am 27. November.

Wahlpolitische Erklärung

Der mit der Einladung verschickte Entwurf einer wahlpolitischen Erklärung des Landesverbands, die aus der Geschichte Hamburgs schöpft, wurde ausgiebig diskutiert. Dabei wurde u.a. betont, wie wichtig es ist, dass wir angesichts der Legitimationskrise des Systems als LINKE mit einer radikalen Deutung auftreten und darauf setzen, bei den Menschen den Anspruch zur Gestaltung der Gesellschaft zu bestärken und Mut zur organisierten Verfolgung ihrer Interessen zu machen. Die Anwesenden hielten es vor dem Hintergrund der innerparteilichen und gesellschaftlichen Polarisierung für unabdingbar, dass sich der Landesverband mit einer Erklärung in die bundesweite Strategiedebat-

te im Vorfeld der Bundestagswahl einmischte. Mit einigen Änderungen fand sie die Zustimmung einer großen Mehrheit der Anwesenden.

Der Text soll nun als Antrag an den Landesparteitag eingereicht werden. Die Antragsfrist dafür endet am 24.12. um 9 Uhr. Alle, die die Erklärung namentlich unterstützen wollen, sind herzlich eingeladen, dies an folgende E-Mail-Adresse kundzutun: Florian.Muhl@gmx.de

G20-Gipfel

Der für den Sommer 2017 geplante G20-Gipfel in Hamburg war Gegenstand der weiteren Auseinandersetzung. Nach einem Input-Referat zu den Hintergründen und Implikationen der G20, das Martin Dolzer vorbereitet hatte, folgte eine angeregte Diskussion darüber, wie es gelingen kann, das Politik-Prinzip „G20“ anzugreifen und dazu zu bewegen, sich gemeinsam für die Überwindung der neoliberalen (Kriegs-)Politik, die gegen die Interessen der großen Mehrheit gerichtet ist, für Frieden und eine gerechte Wirtschaftsordnung einzusetzen, statt sich negativ darauf zu fixieren. Wir sollten darauf setzen, die gegenwärtigen Konflikte in Hamburg (fehlende Wohnungen, zunehmende Armut, ...) und die damit verbundene weit verbreitete Unzufriedenheit gegen das geplante Gipfeltheater und für eine Alternative zum Prinzip „G20“ zu mobilisieren, wie es auch in dem Antrag des Bezirksverbands HH-Mitte „Den G20-Gipfel in Hamburg verhindern – für eine friedliche und gerechte Weltwirtschaftsordnung“ gefasst wird. Gelegenheiten dafür wird es in naher Zukunft eine ganze Reihe geben. Wer diesen Antrag oder die Erklärung noch einmal zugesandt bekommen und/oder unterstützen möchte kann sich auch an den Bezirksvorstand Hamburg-Mitte wenden:

info@die-linke-hamburg-mitte.de
Borgfelder Straße 83
20537 Hamburg

Tel: 0176 / 70 44 54 42
Fax: (040) 285 769 09

Das Mitgliedertreffen hat das oppositionelle Potenzial deutlich gemacht, das darin liegt, selbst ungehemmt für soziale Verbesserungen und eine friedliche Entwicklung aktiv zu werden. Auf dieser Grundlage lässt sich viel bewegen!

Anna Arthur und Florian Muhl für das *Komitee zur Förderung des Parteilebens*

Sportlerratschlag2016: kennenzulernen, austauschen, vernetzen



Mit rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus etwa 25 Sportvereinen gut besucht war der erste SportlerInnenratschlag zu dem die BÜrgerschaftsfraktion der LINKEN am 23. November ins Hamburger Rathaus eingeladen hatte.

In einem kurzen Input-Referat lieferte zunächst Dr. Roger Repplinger einen kurzen Rückblick auf die gescheiterte Olympiabewerbung Hamburgs. Er erinnerte daran, dass das Projekt „Olympia“ der Hansestadt Hamburg Milliardenkosten verursacht hätte – und dass der ohnehin klamme Etat für den Breitensport und den sozialen Bereich dadurch voraussichtlich noch weiter geschrumpft wäre. Was eine solche Belastung für eine Stadt finanziell bedeuten könne, zeige aktuell das Beispiel der Olympiastadt Rio: Nach der Ausrichtung der Spiele steht die brasilianische Stadt kurz vor der Pleite.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass in Hamburgs Vereinen die Enttäuschung über die Ablehnung der Olympiabewerbung noch immer groß ist. Viele hatten auf das Versprechen des Senats gehofft, durch Olympia würde sich die Sportstätten-situation in Hamburg bessern. Repplinger entgegnete, dass dies nichts weiter als leere Versprechen seitens des regierenden Senats gewesen seien. Das zeige auch der nun von Sportsenator Andy Grote präsentierte Masterplan „Active City“. Der Breitensport wird vom Senat vernachlässigt, es geht ihm mehr um die Spitzensportförderung und Errichtung prestigeträchtiger Nachwuchsleistungszentren oder Multifunktionshallen in Hamburg-Rotherbaum.

So würden die olympischen Disziplinen mit Medailenaussicht kräftig gefördert, Nischensportarten aber hingegen nahezu leer ausgehen. Die groß angekündigte Sanierungsoffensive sei nichts weiter als Augenwischerei. Die angespannte Lage vieler Sportstätten werde sich in absehbarer Zeit nicht entspannen – zumindest nicht durch den „Active City Plan“. Anschließend präsentierte Christiane

Wagner von der Hamburger Sportjugend einige Fördermöglichkeiten für die Vereine. So werden beispielsweise Sommerfeste des Vereins finanziell unterstützt, Kinder aus einkommensschwachen Familien können Zuschüsse erhalten etwa für Sportfahrten und Trainingslager oder für den Vereinsbeitrag („Kids in die Clubs“). Wagner unterstrich, dass die HSJ jederzeit als Ansprechpartner für Förderung von Kindern für die Vereine zur Verfügung steht.

Zu wenig Plätze und freie Schwimmflächen

Abschließend kam es zum längsten und vermutlich wichtigsten Teil der Veranstaltung – der Diskussions- und Fragerunde. Dabei kamen fast alle Beteiligten mindestens einmal zu Wort und schilderten positive Entwicklungen ihrer jeweiligen Vereine, berichteten aber auch von Problemen. Zum Beispiel, dass die Schwimmvereine in Hamburg keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen können, weil die Schwimmzeiten schon alle vergeben sind, es generell zu wenige Schwimmhallen gibt und die vorhandenen meist sanierungsbedürftig seien. Ein weiteres Kuriosum ist die Tatsache, dass in Hamburg keine offiziellen Schwimmwettbewerbe stattfinden können, da kein Becken die nötigen WettkampfmäÙe erfüllt.



Das größte Problem der Fußballvereine: Sie müssen sich oft einen oder mehrere Plätze teilen. Hierbei kommt es aber immer wieder zu Konflikten, weil manche Vereine zwar Sportzeiten gebucht haben, dann aber nicht erscheinen. So geht wertvolle Trainingszeit für andere Vereine verloren, wie etwa bei dem Verein VFL Hammonia. Auch die Nutzung der Schulsportshallen führt für manche Vereine zu Problemen, etwa weil die sanitären Anlagen nicht den allgemeinen Standard erfüllen.

Auch über den Sanierungsbedarf der Plätze wurde beim Sportlerratschlag geredet – dieser ist nach wie vor sehr hoch. Diesen Umstand kann man nur lindern, wenn der entsprechende Etat endlich an-

gehoben wird, wie DIE LINKE dies auch in den aktuellen Haushaltsverhandlungen fordert.

Sport ist nicht nur Wettkampf – Austausch fördern!

Ein weiteres Problem vieler SportlerInnen: Sie haben kein eigenes Vereinsheim, wo sie zusammen Tee, Kaffee oder Bier trinken könnten. Schließlich geht es beim Sport nicht nur um Wettkampf, sondern auch um den Zusammenhalt und Geselligkeit. Ein Ausweg wäre, dass Vereine sich neben den Plätzen auch ihre Vereinsheime teilen.

Um dies zu erreichen, ist Austausch und Kommunikation nötig. Dies ist allerdings nicht immer ein-

Segel setzen, Richtungswechsel!

Die SPD hat für Hamburg eine (neue) Zielrichtung vorgegeben: Sauberkeit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit - so gab es Andreas Dressel (SPD-Fraktionsvorsitzender in der HH-Bürgerschaft) gegenüber der Mopo bekannt. Und das ist nicht nur eine hohle Floskel, denn man kann die Auswirkungen dieser Politik bereits spüren.

Dabei sehen laut einer Umfrage der Uni Hamburg nur 2% der befragten HamburgerInnen das Thema „Kriminalität und Sicherheit“ als das gravierendste Problem unserer Stadt an (aus dem Hamburger Abendblatt vom 24.11.16).

Die Saubermänner der SPD, allen voran der Bezirksamtsleiter in Mitte Falko Droßmann, haben sich aber auf diese Marschrichtung eingeschworen. Die Stadt soll sauberer, sicherer und rechtsstaatlicher werden. Wobei mit Rechtsstaatlichkeit die Durchsetzungskraft der Gerichte gemeint ist, da man ihnen mehr Personal und Ausstattung zugutekommen lassen will. Nun kann man gegen mehr Personal für die z. B. bereits deutlich überlasteten Hamburger Amtsgerichte, gegen die Beseitigung von „Fahrradleichen“ und ein friedliches Miteinander am Hauptbahnhof nichts einwenden. Wenn man aber eine deutlich konservative und sogar repressive Losung als politische Richtung öffentlich macht und auch umsetzt, drängt sich durchaus die Frage auf, was eine sozialdemokratische Partei in der Koalition mit einer linksliberalen Partei mit derart populistischen Inhalten erreichen will.

Der Hauptbahnhof wird bei der neuen Zielrichtung von SPD und Grünen unter besonderes Augenmerk gestellt. Mit dem Thema Hauptbahnhof gewinnt man in Hamburg Wahlen. Seit vielen Jahren ist er immer wieder Thema, wird seine Unsauberkeit bemängelt und wird er als unsicher dargestellt. Gar überlegte man, ob man deshalb den Bahnverkehr nicht lieber im Bahnhof Dammtor enden lassen sollte und die Züge einfach durch den Haupt-

bahnhof durchfahren lässt. Der Hamburger Hauptbahnhof wurde damit quasi zur „No-Go-Area“ erklärt. Welche Maßstäbe hierbei angesetzt werden, bleibt mir dabei völlig schleierhaft. Denn wir reden hier nicht über die Bronx, sondern über den HAMBURGER Hauptbahnhof. Ein Mann mit Bierflasche in der Hand, der in einen Mülleimer fasst, ist eben noch lange kein Unsicherheitsfaktor. Er wird aber von Einigen offenbar so definiert.

Mehmet Yildiz, MdBü

Falko Droßmann schritt also zur Tat und verkündete über die Medien seine Pläne für einen sauberen und sicheren Hauptbahnhof. Gegenüber Hinz&Kunzt ließ er verlautbaren: „Wenn ich die Abwasserauswurfanlage vor dem Hachmannplatz abbaue, dann hat der Kumpelskreis von Bulgaren, der dort immer sitzt, diese Fläche nicht mehr. Ja, das ist dann so.“

Und damit liegt die Wahrheit ausgesprochen auf dem Tisch. Es geht nicht nur ums Saubermachen, sondern darum, Menschen, die man aus dem Stadtbild am liebsten entfernen möchte, zu vertreiben auf andere Areale. Obdachlose, Drogenabhängige, Trinker und andere Gruppen am Bahnhof sollen aus dem Sichtfeld von Touristen, Pendlern und zukünftig auch G20-TeilnehmerInnen verschwinden. Das Aushängeschild der Stadt verträgt kein Elend, keine soziale Wahrheit und auch kein echtes urbanes Setting, in dem auch Obdachlose und Menschen am Rande der Gesellschaft Platz finden. Manchmal bin ich peinlich berührt wie kleinlich diese Großstadt ist...

Man könnte das soziale Problem etwa mit sozialen Mitteln lösen. Man könnte ein durchdachtes soziales Konzept für den Hauptbahnhof entwickeln. Stattdessen legt man in der Bezirksversammlung Mitte ein 16-Punkte-Programm vor und überrascht die stimmberechtigten Mitglieder mit der Verschiebung des Antrages per Mail nur wenige Stunden vor der Versammlung. Der Antrag (Drucksachennr. 21-2715) argumentiert mit dem subjektiven Sicher-

heit, da vor allem im Fußballbereich viele Vereine untereinander eher konkurrieren als zusammen zu arbeiten. Auch um diese Mentalität aufzubrechen, gibt es nun den Sportlerratschlag, der in Zukunft regelmäßig wiederholt werden soll. Außerdem soll eine Mail-Verteilerliste erstellt werden, damit Informationen, Anträge und Anfragen den Vereinen mitgeteilt werden können und diese wiederum die Möglichkeit haben, die Linksfraktion jederzeit anschreiben zu können. Denn wie beim Sport gilt auch in der Politik: Teamplay setzt sich durch. Gemeinsam sind wir stärker!

heitsgefühl der Reisenden, welches gestärkt werden müsse. Dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung seit Jahrzehnten mit der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung auseinandergeht, scheinen SPD und Grüne jedoch nicht zu wissen. Nein: Es ist ihnen eigentlich auch egal. Denn um Fakten geht es hier nicht, sondern um Gefühle. So wie das immer bei populistischen Forderungen der Fall ist. Emotionen sollen geweckt werden, um auch den/die letzte/n AfD-WählerIn vom Sicherheitskonzept und der Durchschlagkraft der SPD zu überzeugen. SPD- und Grünen-Fraktion betonen in dem Antrag ebenfalls, dass Minderheiten nicht verdrängt werden sollen. Wenige Sätze später liest man jedoch, dass alternative Aufenthaltsorte zu prüfen sind. Ein in sich widersprüchlicher Antrag, der deutlich macht wie widersprüchlich die Politik von SPD- und Grünen-Koalition seit Beginn der Wahlperiode ist. Die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Mitte hat den Antrag abgelehnt.

Immer wenn man den Wähler/die Wählerin vom politischen Durchsetzungsvermögen überzeugen will, holt man das Sicherheitsthema aus der Hinterhand und streut es wie Opium unters Volk. Seht her, wir räumen auf, wir machen sauber und wir nehmen die, die gegen unsere Regeln verstoßen, hart ran! Die Verlierer dieser Politik sind klar. Die politischen Entscheidungen rund um den Hauptbahnhof sowie in ganz Hamburg haben oft Auswirkungen für viele Jahre, wie uns z. B. das Thema

Wohnungsbau zeigt. Politik muss aufhören von hier bis zur nächsten Türschwelle zu denken. Politische Entscheidungen müssen ihrer Reichweite gerecht werden.

DIE LINKE ist daher aufgerufen, sich auch weiterhin für Pluralität, Sozialstaatlichkeit und gegen die Verdrängung von Menschen einzusetzen. Unsere Forderung muss sein, das soziale Milieu am Hauptbahnhof und in den umliegenden Straßen zunächst einmal mit wissenschaftlichen Methoden zu durchdringen und anschließend ein fundiertes und abgestimmtes Sozialkonzept für die Menschen zu entwickeln. Neben dieser konkreten Forderung muss uns aber auch klar sein, dass es beim Thema „Sicherheit und Sauberkeit“ um ein großes Konzept geht, dass ein neo-liberales Ziel verfolgt. Nicht umsonst wird der Hauptbahnhof so gern als „Aushängeschild“ der Stadt bezeichnet und da wollen wir doch, dass sich alle wohlfühlen... - außer diejenigen, die unserer Ansicht nach nicht ins Bild passen und der Stadt einen Imageschaden zufügen.

DIE LINKE hat ihre Segel seit ihrer Gründung in eine ganz andere Fahrtrichtung gesetzt. Und wir halten weiter Kurs, denn es macht das Gesicht unserer Partei aus. Wir sind die **soziale** Gegenrichtung.

Ina Morgenroth

Teddy's Auswärtsfahrt nach Venedig



Vom 16.10 bis 23.10. war ich auf Einladung des Goethe Instituts und des Schauspielhauses, im Rahmen des Projektes New Hamburg Veddel Embassy in Venedig.

Mein Part dort war, Zitat Pressemappe: „Teddy Dührkop, Lokalpolitiker und Aktivist der Partei DIE LINKE, spricht über die Wohn- und Lebensverhältnisse auf der Veddel und stellt anhand von Bildern die einfache Frage: Wem gehört die Stadt? Wer verdient eigentlich am Elend der anderen und wie würde die Stadt aussehen, wenn die Besitzverhältnisse anders wären?“

Angekommen in Venedig merkte ich sehr schnell, dass die Frage „Wem gehört die Stadt?“ in Venedig brodelte: Zum einem gibt es die Touristenmassen, die mit immer größeren Kreuzfahrtschiffen angeschwemmt werden, außerdem eine immense Wohnungsnot und Verdrängung der BewohnerInnen durch den Ausverkauf der Stadt durch die venezianische Regierung.

Unter dem Motto ' No grande navi' organisieren sich tausende von VenezianerInnen gegen die immer tiefere Ausbaggerung der Fahrwinne in der Lagune und deren ökologische Folgen. So ist zum

Beispiel eine Sturmflut im August, die für 10:30 Uhr angesagt wurde, schon um 9:00 Uhr aufgelaufen, was dazu führte, dass keine Schutzmaßnahmen getroffen werden konnten.



Teilbesetzte Häuser, Fotos: Teddy

Wohnungsnot und der Verkauf von städtischen Gebäuden in Venedig sowie Inseln in der Lagune vor Venedig ist das ganz große Thema, das die Menschen auf Demos treibt.

Zum Beispiel haben 5.000 VenezianerInnen Geld gesammelt, um eine Insel in der Lagune zu kaufen, also das Mindestangebot abzugeben. Aber die Regierenden haben sich wieder nur an ihre Geld-

gier gehalten und die Insel an einen Kapitalisten verkauft.

Bei der Wohnungsfrage das gleiche: Entweder wird Wohnraum nicht saniert, also Leerstand bis verkauft werden kann, oder Luxussanierung, Umwandlung in Ferienwohnungen.

In diesem Zusammenhang habe ich Wohnungs- und HausbesetzerInnen besucht, die in den alten Arbeitervierteln Wohnungen besetzten und instand setzen, mit den AltbewohnerInnen zusammen. Die Wohnungen sind im Besitz der Stadt Venedig und durch den großen Druck der Bevölkerung werden die Forderungen der BesetzerInnen nach einer kollektiven Wohnform wohl erfolgreich sein.

Diese erfolgreiche linksautonome BesetzerInnen-Szene scheint sich in ganz Italien zu etablieren und mir wäre es am liebsten, wenn man sie zu uns nach Hamburg einladen würde, um ihre ideen- und Utopien mit uns zu bereden.

Ach ja, sehr schön war, keine Autos, keine Fahrräder, wohl das entspannteste zu Fuß gehen.

Falls wer mehr hören möchte, fragt mich einfach.

Msg, Teddy

Armut und soziale Spaltung haben ein Gesicht!



Immer wieder sonntags in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs treffen die „Engel in den Straßen“ auf Hunderte von Obdachlosen und verteilen Suppe, Kaffee und Tee sowie Klamotten wie Jacken und Pullover usw. Am Wochenende gibt es für Obdachlose in Hamburg keine Anlaufstelle, alle Einrichtungen sind geschlossen.

Das Ärzteteam muss die Menschen auf der Straße im Freien behandeln. Lauter infizierte Wunden müssen verbunden werden. Die Menschen haben völlig kaputte Klamotten an, Schuhe ohne Sohle... Obdachlose haben keinen Zugang zum Regelsystem. Deshalb müsste das Bieberhaus wieder in öffentliche Hand und dort ein Sozial- und Gesundheitszentrum eingerichtet werden; mit Tagesstätten für Obdachlose, dem KIDS, einer Notfallpraxis für alle Menschen und einer Sozialstation mit Beratungsstellen. Auch eine Kleiderkammer wird hier gebraucht.

Ronald Kelm, AG Gesundheit

<< *Behandlung auf offener Straße, Foto: Ronald*

Ver.di vergibt erstmalig Paula-Mielke-Preis



2 KollegInnen vom Schauspielhaus, Olaf Harms (Vorsitzender ver.di HH), Bea, Sandra Goldschmidt (stv. Landesleiterin ver.di HH) Fotos: Reinhardt Schwandt

Die **Belegschaft des Deutschen Schauspielhauses** ist am 24.11. bei einem Festakt von **ver.di** für ihren Einsatz für Geflüchtete im Herbst und Winter 2015 mit dem **Paula Mielke Preis** ausgezeichnet worden. Über Monate hinweg haben Beschäftigte mit ihrem ehrenamtlichen Engagement für 3.500 - 4.000 Geflüchtete Spielbetrieb und Krisenhilfe unter einem Dach möglich gemacht. Das Schauspielhaus mit seiner zentralen Lage gegenüber dem Hauptbahnhof haben sie zu einem Ort des Ankommens gemacht. Hier haben die Menschen nach ihrer langen, gefährlichen Reise einen



Schlafplatz, ein Essen und ein paar liebevolle Worte vorgefunden. Die Initiative wurde getragen von den Beschäftigten – rein ehrenamtlich und selbst organisiert. Sie haben von Mitte September bis Weihnachten des vergangenen Jahres Tag- und Nachtschichten organisiert und diesen Menschen ein Stückchen Würde zurückgegeben. Felicitas Lewrentz und Bastian Lomsché nahmen stellver-

trehend für die gesamte Belegschaft des Deutschen Schauspielhauses den Preis entgegen.

Die zweite Preisträgerin, **Bea Trampenau**, im Bezirksverband nicht ganz unbekannt, wird ausgezeichnet für ihr langjähriges antifaschistisches Engagement. Sie engagiert sich seit drei Jahrzehnten für die Rechte von Frauen und gegen die Ausgrenzung von Lesben. Sie erinnert an die Nazi-Diktatur und setzt sich ein für Flüchtlinge. Lesbisch-

feministisch und antifaschistisch – das sind Ihre Themen. Und das bei vielen Initiativen. Angefangen bei der Antifaschistischen Begegnungsstätte Heideruh über den Hamburger Lesben-Verein Intervention und das Forum Flüchtlingshilfe bis zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

In ihrer Laudatio begründete die **2. Bürgermeisterin Katharina Fegebank** die Auszeichnung mit den Worten: *"Die Preisträgerinnen und Preisträger des Paula-Mielke-Preises sind Botschafter unserer Weltoffenheit, unseres Respekts und unserer Menschlichkeit. Sie zeigen, wie das Miteinander in unserem Land friedlich, respektvoll und bereichernd gelingen kann."*

ver.di Hamburg hat den **Paula Mielke Preis für Vielfalt und Zivilcourage** erstmalig vergeben. Er zeichnet aktiven Einsatz für Toleranz, Chancengleichheit und solidarisches Miteinander in Betrieben und Gesellschaft aus. (Quelle: ver.di/R. Schwandt)

Die Namensgeberin des Preises:

Paula Mielke Geschiedene Sens, geborene Jungmann
27.12.1910 –
22.05.1946

Aktiv in Gruppen und Organisationen der Arbeiterbewegung, mutig und standhaft im Widerstand und im Gefängnis des NS-Regimes



Paula Mielke wurde nicht einmal 36 Jahre alt. Sie verstarb unerwartet am 22. Mai 1946. Während einer Reise für die Kommunistische Partei erlitt sie in Flensburg einen Herzschlag.

Termine in (und für) Mitte

Montag, 05.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 07.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Mittwoch, 07.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 13.12., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
fällt aus

Dienstag, 13.12., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 15.12. 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4

Montag, 19.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 21.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Januar 2017

Montag, 02.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 04.01., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Mittwoch, 04.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Samstag, 07.01.

Versammlung zur Wahl der Delegierten zur LandesvertreterInnenversammlung
(detaillierte Einladung erfolgt schriftlich)

Dienstag, 10.01. 19:30 Uhr ??

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
Muss neu verabredet werden

Dienstag, 10.01., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 16.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 18.01., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Sonntag, 21.01., ab 09.30 Uhr

Landesparteitag

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Alexander Benthin	0176-70445442	alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Monika Berstecher		monika.berstecher@die-linke-hamburg-mitte.de
Michael Czerwinski	0175- 639 55 72	michael.czerwinski@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther	0151-44563129	joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Theresa Jakob		theresa.jakob@die-linke-hamburg-mitte.de
Regina Jürgens		regina.juergens@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister	0152-33854547	frank.rinnert@die-linke-hamburg-mitte.de
David Stoop	0153-77725737	david.stoop@die-linke-hamburg-mitte.de
Wolfgang Strauß		wolfgang.strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Eva Rozanski	0151 686 56 611	eva.rozanski@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Die soziale Spaltung überwinden

Solidarisch für soziale Gerechtigkeit und Frieden

Antrag an den Landesparteitag der LINKEN Hamburg am 21.01.2017

Wahlpolitische Erklärung des Landesverbands der LINKEN Hamburg zur Bundestagswahl 2017

1. Die Welt

„Womöglich bräuchte Europa besser heute als morgen einen so eindrucksvollen New Deal, wie ihn Roosevelt damals gegen Krisenfolgen, Wutbürger und Absturzängste einsetzte.“

Thomas Fricke: „Was Europa von Amerikas Großen lernen kann.“ Spiegel Online, 11.11.2016.

Mit massiven Investitionen in Infrastruktur und Arbeit, mit Mindestlöhnen, Rentenversicherung und Sozialgesetzen sowie Regulierung der Banken wurde in den dreißiger Jahren in den USA ein Programm zur Verbesserung der Lebensbedingungen durchgesetzt, das auch heute orientierend sein kann für die Beantwortung der fortgesetzten globalen Krise.

Immer mehr Menschen beteiligen sich daran, in sozialen Bewegungen gegen Krieg und Ungleichheit, für echte Demokratie, gute Gesundheitsversorgung sowie allen zugängliche Bildung und Arbeit ein Lager der Solidarität zu formen. Bernard Sanders hätte vor diesem Hintergrund mit seinem sozialdemokratischen Programm die Präsidentschaftswahlen in den USA deutlich für sich und gegen Trump entscheiden können. Der Ausbau lebendiger progressiver Bewegung ist die real existierende Alternative zur Krise.

Die Spaltung zwischen Arm und Reich war noch nie so groß wie heute und die Konflikte um die gesellschaftliche Entwicklung spitzen sich weltweit zu. Im neoliberalen Kapitalismus konzentrieren immer weniger Superreiche den immensen gesellschaftlichen Reichtum in ihren Händen und befinden sich im Dauerkampf untereinander und gegen die Bevölkerung – die diesen Reichtum erarbeitet. Mehr als 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg, Armut und Umweltzerstörung und auch in den reichen Ländern wächst die Zahl der prekär Beschäftigten und Erwerbslosen.

Um dem emanzipatorischen Potential Einhalt zu gebieten, treten Rechtspopulisten aggressiv auf den Plan. Donald Trump, Marine le Pen, Victor Orban, Geert Wilders und die AfD geben sich den Anstrich der Alternative zum abgewirtschafteten Neoliberalismus, um real die Übel weiter auf die Spitze zu treiben und bemühen vorgestrige Menschen-, Familien- und Rollenbilder, um Menschen gegeneinander auszuspielen und die Macht der herrschenden Klasse zu sichern.

Dagegen führt DIE LINKE den „Kampf um die Köpfe“ zur Herausbildung eines Lagers der Solidarität – für die gemeinsame Entwicklung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle.

2. Hamburg

„Immer werden wir wieder auf den sicheren schwankenden Pontons stehen und eine Freude in uns fühlen, einen Mut in uns merken und eine Kraft in uns kennen. Immer wieder werden wir auf den Pontons stehen, mit dem Mut zum Abenteuer dieses Lebens, und den Atem der Welt unter unsern Füßen fühlen.“

Wolfgang Borchert, „Die Elbe. Blick von Blankenese“, 1946.

Hamburg ist eine weltoffene Hafenstadt mit einer über 800-jährigen wechselvollen Geschichte. Einst als Stadt von Händlern gegründet, wurde sie von Bauern und befreiten Leibeigenen/Spießbürgern besiedelt und ist seit der Industrialisierung durch eine starke Arbeiterbewegung geprägt.

Die Spannung zwischen dem großen privaten Reichtum Weniger und den vielen den Reichtum schaf-

fenden Armen bestimmt das Stadtbild bis in die Gegenwart – während am Neuen Wall die Dekadenz flaniert, spielen daneben Musiker um Almosen. Hier leben Menschen aus etwa 200 verschiedenen Ländern, mit allen Erdteilen wird Handel betrieben.

Durch die gezogenen Lehren aus dem Faschismus sowie aus zwei Weltkriegen sind Internationalität, Friedensliebe und Völkerverständigung tradierte Hamburger Werte. Auch die Aufklärungsarbeit der 68er Studenten- und der Friedensbewegung haben bis heute ihren Anteil daran. Diese Geschichte bildet fortgesetzt das größte Fundament der mehrheitlichen Ablehnung gegenüber Rüstungsexporten, mit denen profitträchtig Krieg und Elend über den Hamburger Hafen in alle Welt verschifft wird.

Ein Großteil der Hamburger Bevölkerung ist aufgeklärt und kritisch: er lehnte von Anfang an den Verkauf der Krankenhäuser ab und hat sich für städtische Energienetze und gegen Olympia ausgesprochen – in allen Fällen gegen gezielte Desinformationskampagnen von Senat, großen Medien und Handelskammer.

In diesem Zusammenhang stehen auch die kraftvollen Proteste gegen TTIP und CETA: Über 60.000 Menschen sind alleine in Hamburg für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, Demokratie, soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung auf die Straße gegangen und haben für das Primat von Gemeinwohl- gegenüber Wirtschaftsinteressen demonstriert.

Nicht – wie Gabriel, Merkel und andere behaupten – durch die Unterordnung unter Neoliberalismus und Freihandelsdiktate wird die Bevölkerung ernst genommen (und nimmt sich selber ernst), sondern durch das Streiten für eine solidarische Gesellschaft, frei von Krieg, Ausbeutung und Entfremdung. So setzen wir uns z.B. für die Überwindung der selbsternannten G20 und ihres Gipfeltheaters, gegen „Freihandelsabkommen“ und für humane Lebensbedingungen und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein.

In diesem Sinne ist DIE LINKE in Hamburg ein „sicherer schwankender Ponton“, von dem aus wir Mut, Freude und Hoffnung für Weiteres schöpfen.

3. Internationalismus und Frieden

„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“

Präambel der Hamburgischen Verfassung, 1946.

Die Kaufleute-Gründung Hamburgs sollte Stadt und Handeltreibende zu Reichtum bringen. Bettler, Handwerker, Künstler und Wissenschaftende wurden dabei eher nachrangig bedacht: Johann Sebastian Bach, Friedensfreund und international gebildeter Musiker kam beispielsweise Anfang 1700 nach Hamburg, um an der Barock-Orgel in St. Katharinen zu spielen. Er verwarf eine Anstellung in Hamburg aber schnell wieder, da er zu viel Geld für das Amt hätte investieren müssen.

Dennoch wussten schon die Hamburger Kaufleute, dass Handel am erfolgreichsten gelingt, wenn Frieden herrscht. So florierten, unter den Bedingungen kolonialer Ausbeutung anderer Länder und ihrer Bevölkerungen, neben den Gewinnen zugleich Geschichten aus fernen Regionen, wissenschaftliche Erkenntnisse und diplomatische Verbindungen. Von Anfang an versuchte sich Hamburg unter dem Eindruck fortschrittlicher Bewegungen aus Kriegen herauszuhalten und möglichst keine Söldner für die Ränke der Adligen und des Klerus stellen zu müssen. Allerdings haben die Hamburger Werften während beider Weltkriege große Gewinne gemacht. (Feringi-Erwerbsregeln: „34. Krieg ist gut für das Geschäft. 35. Frieden ist gut für das Geschäft.“)

Als antifaschistische Erkenntnis findet sich heute eine Friedensverpflichtung in der Hamburger Verfassung. Sie hat – trotz Rüstungsschmiede Blohm+Voss – auch materiell Bedeutung, wie sich beispielsweise zeigt, wenn sich Obama im September 2015 vor der UN-Vollversammlung positiv auf die Aussage eines syrischen Flüchtlings bezieht: *„One Syrian refugee who was greeted in Hamburg with love said: 'I feel that there are still people who love other people.“* Und diese Menschenliebe

war trotz menschenunwürdiger Wohn-, Gesundheits-, Sprach- und Arbeitsbedingungen spürbar – ein weiteres Beispiel, in dem sich ein großer Teil der Hamburger Bevölkerung gegen das neoliberale Ruhe- und Ordnungsregime von Senat und Handelskammer zur Wehr setzt.

Diese Ansprüche und Maßstäbe für eine friedliche Entwicklung der Welt haben für die LINKE vitale Bedeutung: in der Tradition von KPD und sozialistischer SPD stehend, sind Frieden und Internationalismus unhintergehbare Überzeugungen der LINKEN.

Die Bundeswehr ist derzeit mit über 4.000 Soldaten an Auslandseinsätzen in 18 Ländern beteiligt und soll nach dem Plan der NATO unter der Kriegsministerin Ursula von der Leyen weiter zu einer aggressiven Angriffsarmee aufgerüstet werden. Der Wehr-Etat soll von aktuell 1,2 auf 2,0 % des BIP steigen, was einem Anstieg von 34 auf 60 Milliarden Euro für das Jahr 2016 entspräche.

Dagegen stehen wir als Teil der Friedensbewegung für eine zivile Entwicklung und engagieren uns:

- gegen Rüstungsexporte und für Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Produktion – bundesweit und in Bezug auf Hamburg und den Hamburger Hafen,
- für eine Zivilklausel und ein Kooperationsverbot mit der Bundeswehr für alle (Hoch-)Schulen,
- für die Auflösung der Bundeswehr und der NATO.

4. Für soziale Progression und gegen Rechts

"Um sich gut zu wehren, muß man viel wissen. Man erobert auch keine Gesellschaft, bevor man sie kennt."

Heinrich Mann, „Die Macht des Wortes“, 1935.

Jeder Mensch ist gleich an Würde geboren. Ein würdevolles Leben ist gleichbedeutend mit der allseitigen Persönlichkeitsentwicklung aller Menschen und wesentlich in einer Praxis verwirklicht, die auf Verfügungserweiterung an den zentralen Lebensbedingungen ausgerichtet ist. Dies umschließt die Bereiche Bildung, Kultur, Gesundheit, Arbeit, Wohnen, Sport und Ernährung.

Obwohl der Reichtum für eine solche Entwicklung vorhanden ist, wird die soziale Spaltung herrschenderseits aufrechterhalten – auf dass die Konkurrenz als „menschliche Natur“ gelte und das Kapital sich weiter die Hände reiben kann. Die Verkehrung der sozialen Ungleichheit in eine natürliche Eigenschaft der Ungleicheren dient dabei der Legitimation des Herrschaftsverhältnisses und wird von rechts als das alternativlose „Ende der Geschichte“ propagiert, um unter den Subalternen zu spalten und gesellschaftlichen Fortschritt zu behindern.

Wir wenden uns gegen die rechte Logik von Konkurrenz und Abschottung, wie sie insbesondere von der AfD nach „unten“ (gegenüber Erwerbslosen und Prekarisierten) und „außen“ (gegenüber Geflüchteten und MigrantInnen) vertreten wird. Ihr stellen wir die Logik und Praxis der internationalen Solidarität entgegen. Die LINKE ist als sozialistische Partei so eine antifaschistische Kraft, die gegen rechte Menschenbilder – allen voran Egoismus und Konkurrenz – eine solidarische Alltagspraxis lebt und hin auf soziale Verbesserungen verallgemeinert.

Solche Verbesserungen umfassen: ein emanzipatorisches Bildungssystem und Kultur zur Bildung mündiger Menschen; ein Gesundheitssystem, das gesund und nicht kränker macht; komfortablen Wohnraum; den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und menschenwürdige Arbeit – für Alle.

- Alle Bereiche der Daseinsvorsorge müssen dem privatwirtschaftlichen Prinzip der Profitmaximierung entzogen und in die öffentliche Hand genommen werden (→ Rekommunalisierung). Sie sollen demokratisch organisiert und in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt werden.
- Die Privatisierung öffentlicher Flächen und Gebäude muss gestoppt sowie der soziale Wohnungsbau in öffentlicher Trägerschaft gestärkt werden.

- Die Politik mit der Schuldenbremse muss durch eine reichhaltige Investitions- und Ausgabenpolitik bei gleichzeitiger Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen ersetzt werden.
- Gegen die rechten Spaltungsversuche solidarisieren wir uns mit allen Flüchtlingen und kämpfen für die vollständige Wiederherstellung des Rechts auf Asyl sowie ein Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen.

5. Ein Programm der Hoffnung solidarisch verwirklichen!

Aus der Geschichte lernend wendet sich die LINKE prinzipiell gegen Spaltungen und Konkurrenz unter den Subalternen. Für DIE LINKE ist eine solidarisch-streitbare, zugewandte und sorgfältige (Partei-)Kultur die verallgemeinerbare Alternative zum Gebot des grinsend rausgehaltenen Ellenbogens und zur kleingeistigen Provinzmentalität – auch im Wahlkampf.

Die Zukunft ist für uns keine bloße Fortführung der Gegenwart. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten können, wenn sie sich für ihre gemeinsamen Interessen organisieren, ein bestimmender Faktor sein. Ein grundlegender Politikwechsel ist nur durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Ideen, durch Bewegung gegen die organisierten Profitinteressen der Konzerne durchzusetzen. Darauf setzen wir in unserem Engagement für eine humane, demokratische und solidarische Gesellschaft. Dabei kommt es auf jeden und jede an!

Wir sagen den Multimillionären, den transnationalen Konzernen, den Profiteuren von steigenden Mieten, Verdrängung und prekärer Arbeit den Kampf an!

Wir rufen dazu auf, sich zu organisieren und gemeinsam für Verbesserungen zu kämpfen – nicht gegen diejenigen, die von rechten Kräften als Sündenböcke präsentiert werden, sondern gegen die derzeit Mächtigen, für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, für soziale Gerechtigkeit, Frieden und gleichermaßen gute Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Alle.

Wir rufen alle, die eine solche Politikwende befürworten, dazu auf, DIE LINKE zu wählen. Und vor allem: Wählen Sie, selbst aktiv zu werden!